

## Stellungnahme der Fraktion Bündnis Eberswalde zum Kommunalen Haushalt 2019

Sehr geehrter Herr Bürgermeister und Mitarbeiter der Stadtverwaltung,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

den vorliegenden kommunalen Haushalt 2019 erfolgreich umzusetzen bedeutet  
Prioritätensetzung entsprechend des in der „Strategie Eberswalde 2030“ im Jahre 2014  
festgelegten politischen Leitbildes und der daraus resultierenden Schlüsselmaßnahmen.

Die Kernfrage ist demzufolge, dass wir bei allen Aktivitäten immer diese strategischen  
Anforderungen und Ziele als Orientierungsrahmen im Blick haben, an aktuellen  
Erfordernissen messen und gegebenenfalls anpassen.

Haushalt bedeutet auch angesichts nach wie vor knapper Kassen der Stadt Eberswalde  
Prioritätensetzung, d.h., wie werden die zur Verfügung stehenden Mittel unter veränderten  
Rahmenbedingungen effektiv, sinnvoll und nachhaltig für die Stadtentwicklung und damit  
zum Wohle der Bürger verwendet.

Es ergibt sich daher zunächst die grundlegende Frage, ob der kommunale Haushalt  
finanziell entsprechend ausgestattet ist, die grundlegenden Belange der Kommune  
umzusetzen.

Im Vergleich zu den Vorjahren gibt es eine erfreulich positive Entwicklung in der konkreten,  
abrechenbaren und transparenten Festschreibung der strategischen Zielsetzung der  
Produktbereiche und Produktgruppen. Das ist für uns unter anderem wahrer Ausdruck einer  
bürgernahen und bürgerfreundlichen Stadtpolitik und eines Haushaltes, den auch der Bürger  
nachvollziehen, akzeptieren und sich mit seinen Zielen identifizieren kann.

Die Aussagen der Budgetverantwortlichen in den von uns besuchten Ausschüssen waren  
geprägt durch umfangreiche, verständliche und von hoher Sachkompetenz geprägte  
Ausführungen und trugen wesentlich zum Verständnis von Gesamtzusammenhängen bei.

Unser Haushalt 2019 ist nicht ausgeglichen, d.h., er ist defizitär. Er wird ausgeglichen  
„gemacht“, weil er auf Rücklagen zurückgreifen muss, weil der Fehlbetrag – noch -aus den  
Rücklagen ausgeglichen werden kann.

Seien wir uns bewusst: Entnahmen aus der Rücklage bedeuten immer einen Angriff auf das  
Eigenkapital.

Es ergibt sich also die Frage, warum Defizite entstehen, wie und ob wir diese abbauen  
können, ob und durch wen uns weitere Sparzwänge auferlegt werden.

Bei einem defizitären Haushalt muss der Focus umso mehr auf den Ergebnissen der  
verwendeten Mittel liegen.

Sparen heißt Vorhaben genau zu analysieren,

an vergangenen Aktivitäten zu messen,

heißt für die Stadt, finanzielle Mittel gegebenenfalls zu kürzen oder wegzulassen

und Gelder mittels Satzungen „einzutreiben“.

Wir wenden uns konsequent gegen eine Belastung der Bürgerinnen und Bürger durch immer  
wieder mittels Kostenerhöhungen auf den Prüfstand gestellte Satzungen und fordern  
vorrangig die Aufhebung der Kitabeitragssatzung und der Straßenausbaubeitragssatzung.  
Wir sind gegen jegliche Beitragssatzungen, die die Bürger zur Kasse bitten.

Ein Änderungsantrag der Sozialdemokraten zur Erhöhung des Planansatzes von Steuereinnahmen, um die Stadtkasse zu füllen, ist unverständlich, unsozial, belastet die Bürger und muss abgelehnt werden.

Man fragt sich, ob das Politik im Bürgerinteresse ist.

Der auch in den Ausschüssen abgelehnte Änderungsantrag der LINKEN, die Kosten der Mittagsverpflegung in städtischen Kindereinrichtungen zu halbieren, stimmt uns nachdenklich und erscheint angesichts dessen, dass sich die LINKE gegen eine beitragsfreie Kita ausgesprochen hatte, eher populistisch und unglaubwürdig.

Dass Anträge, die die Bürger durch Senkung von Beiträgen entlasten sollen (so z.B. auch der FDP-Antrag zur Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes) prinzipiell aus Kostengründen abgelehnt werden, ist Zeugnis einer bürgerunfreundlichen Politik, die trotz Milliardenüberschüssen in Bund und Land, die Bürger zur Kasse bittet, weil man als Kommune nicht den Mut hat, zu opponieren.

Statt gegen die finanziell schlechte Finanzausstattung der Kommunen zu protestieren, bedient man sich bei den Bürgern.

Das wird von uns kategorisch abgelehnt.

Steuereinnahmen sprudeln in Bund und Land. In den Kommunen kommt beim Bürger zu wenig an.

**Kommunalpolitik kann doch nicht auf den Schultern der Steuerzahler ausgetragen werden. Der kommunale Haushalt dient doch nicht dem Ermöglichen von Verwaltungsentscheidungen, sondern muss mehr und effektiver im Bürgerinteresse gestaltet werden.**

Und auch deshalb gilt es, Ziele konkret und abrechenbar zu definieren. Und auch deshalb müssen Haushaltsansätze von uns als Stadtverordnete künftig noch kritischer hinterfragt und auf ihre Sinnhaftigkeit geprüft werden.

Sicher ist daher Prioritätensetzung nötig,

aber auch der laute Protest gegen zu geringe Finanzausstattung der Kommunen sei gestattet.

Prioritätensetzung steht im engen Zusammenhang mit der Zieledefinition in den einzelnen Haushaltspositionen, d.h., der Focus muss, wie von mir schon angeführt, auf den Ergebnissen der verwendeten Mittel liegen.

Es geht um die finanziellen Auswirkungen mit Blick auf nachfolgende Generationen.

Wir haben in Ausschusssitzungen auf diese grundlegenden Fragen hingewiesen und zum Ausdruck gebracht, dass Ziele und daraus resultierende Kennzahlen wichtig für die Messung der Zieleerreichung und die Erfolgskontrolle sind.

Wir haben die Fragen gestellt, auf welche strategischen Ziele der Haushalt ausgerichtet ist und ob es eine politische Leitbilddiskussion gibt.

Wir haben einen Fehlbetrag von ca. 1 Million €, der, wie schon angeführt, aus Rücklagen gedeckt wird, d.h., wir greifen das Eigenkapital an, um einen ausgeglichenen Haushalt zu haben.

So stellen wir uns folgende Fragen:

Leben wir als Kommune zu verschwenderisch, reichen wir zu großzügig und zu undifferenziert Mittel aus oder wo sind die Ursachen für das Haushaltsdefizit?

Die Kommunalpolitik hat die Möglichkeit, Ziele hinzuzufügen oder zu verändern, Produktgruppen hinzuzufügen oder zu streichen.  
Haben wir davon Gebrauch gemacht?

Ziele und deren Kennzahlen sind wichtig für die Erfolgskontrolle.  
Fordern wir dazu in den Ausschüssen regelmäßig Berichterstattungen ab?

Unsere Fraktion Bündnis Eberswalde stimmt insgesamt dem Haushalt 2019 trotz Defizit und Zwängen prinzipiell zu.

Es geht nun darum, mit den in die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eingebundenen Mitteln und Möglichkeiten verantwortungsbewusst und weitsichtig umzugehen und maximale Ergebnisse für unsere Stadt und ihre Bürger zu erzielen.

Dabei verlieren wir auch künftig nicht aus dem Blick, haushaltspolitische Entwicklungen kritisch zu hinterfragen, konstruktive Lösungsansätze zu diskutieren und an ihrer Umsetzung aktiv mitzuwirken.

Unsere Anerkennung gilt dem Kämmerer, Herrn Siebert, der in den Ausschüssen und in persönlichen Gesprächen durch erklärende und erhellende Erörterungen unseren Erkenntnisprozess und damit unser Verstehen begleitet hat.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.